

# Erinnern heißt, Freiheit zu verteidigen

Papier der CDU-Fraktion Berlin

24. November 2023

BERLIN - WARSCHAU



## Erinnern heißt, Freiheit zu verteidigen

*„Die Erinnerung ist wie das Wasser: Sie ist lebensnotwendig und sie sucht sich ihre eigenen Wege in neue Räume und zu anderen Menschen. Sie ist immer konkret: Sie hat Gesichter vor Augen, und Orte, Gerüche und Geräusche. Sie hat kein Verfallsdatum und sie ist nicht per Beschluss für bearbeitet oder für beendet zu erklären.“*

Eliasz Noach Flug, Auschwitzüberlebender und Präsident des internationalen Auschwitz-Komitees

Die Geschichte der Juden in Deutschland und Europa ist im kollektiven Gedächtnis vor allem durch ein brutales und tragisches Kapitel, geprägt von Dunkelheit und Verfolgung, bestimmt: Die Shoah - die systematische Vernichtung von sechs Millionen jüdischer Menschen durch Nazi-Deutschland. Auschwitz-Birkenau, Majdanek und die anderen Vernichtungslager erinnern uns alle daran, was der Mensch dem Menschen antun kann. Der deutsche Staat trägt als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches die historische Schuld und Berlin als ehemalige Hauptstadt des Dritten Reiches die Verantwortung, eine solche Katastrophe nie wieder zuzulassen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen waren lange Zeit durch den Eisernen Vorhang und die deutsche Teilung getrennt. Heute leben in Berlin rund 110.000 Menschen mit polnischen Wurzeln – die Republik Polen ist integraler Bestandteil der Europäischen Union und, aus Sicht der deutschen Hauptstadt, unser nächster Nachbar. Beide Staaten haben unterschiedliche Wege gefunden, mit den schrecklichen Ereignissen des Zweiten Weltkriegs umzugehen und gerade jetzt, in einer Epoche neuer und wieder aufflammender Konflikte in der Welt, ist es an der Zeit, die Bindung zwischen Deutschland und Polen zu stärken!

Die Erinnerung an die Verbrechen während der Shoah und die Aufrechterhaltung der deutsch-jüdischen-polnischen Beziehungen sind untrennbar miteinander verbunden und bilden ein Fundament für die heutige Versöhnung und Zusammenarbeit. Die Sicherheit Israels und jüdischen Lebens bleiben deutsche Staatsräson!

## **Nie wieder ist jetzt. Unsere Verantwortung für jüdisches Leben in Berlin**

Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin haben in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erhebliche Anstrengungen unternommen, um Aussöhnungsmaßnahmen mit jenen Ländern und Gemeinschaften zu initiieren, die von den Verbrechen des Nationalsozialismus betroffen waren. Die Versöhnung mit Israel, insbesondere das historische Zusammentreffen von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Israels Premierminister David Ben Gurion 1960 in New York und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1965, stellen Meilensteine in der Aussöhnung zwischen den beiden Ländern dar. Auch die Förderung von Initiativen und Projekten zur Aufklärung über die schrecklichen Verbrechen der Shoah sowie die Etablierung von länderübergreifenden Gedenkprojekten gehören zu den Kernelementen.

Diese Aussöhnungsmaßnahmen und Initiativen haben dazu beigetragen, die Beziehungen Deutschlands zu den Ländern und Gemeinschaften, die von der Shoah betroffen waren, zu verbessern. Dieses Engagement hat die Grundlage für eine gemeinsame Zukunft geschaffen, die von gegenseitigem Respekt und Verständnis geprägt ist.

Der terroristische Angriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober zeigt, dass wir immer wehrhaft gegen Antisemitismus bleiben müssen. Im Gegenteil – antisemitische Demonstrationen und das Infragestellen des Existenzrechts Israels, insbesondere durch die Verunglimpfung des jüdischen Staates als "rassistisches Unterfangen", haben in der deutschen Hauptstadt keinen Platz – nie wieder ist jetzt! Jüdinnen und Juden müssen in Berlin und in Deutschland sicher sein. Die CDU-Fraktion Berlin bekennt sich zu ihrer unverrückbaren Überzeugung: Antisemitismus und Israelhass bekämpfen wir in Berlin entschlossen.

### ***Berlin ist Zentrum der Erinnerungskultur***

Die Rolle Berlins als deutsche Hauptstadt verstärkt die Bedeutung der Stadt für die deutsch-jüdische Erinnerungskultur. Die Hauptstadt ist nicht nur das politische, sondern auch ein kulturelles und gesellschaftliches Zentrum und symbolisiert die Einheit Deutschlands und die Verantwortung des Landes gegenüber seiner Geschichte. Berlin hat sich verpflichtet, die Erinnerung an die Shoah und die jüdische Kultur lebendig zu

halten und zu fördern. Diese Erinnerungskultur gedenkt der dunkelsten Kapitel der Vergangenheit, aber sie feiert auch die lebendige jüdische Gegenwart und gedenkt der inspirierenden Geschichte der Zusammenarbeit und des kulturellen Austauschs:

Jüdische Denker wie Moses Mendelssohn spielten eine wichtige Rolle bei der Verbreitung aufklärerischer Ideen in Deutschland. Im 19. Jahrhundert erlebte die deutsch-jüdische Geschichte eine Blütezeit in den Bereichen Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft. Prominente jüdische Persönlichkeiten wie Albert Einstein, Sigmund Freud und Gustav Mahler trugen maßgeblich zur deutschsprachigen Kultur und Gesellschaft bei.

Die jüdische Erinnerungskultur in Berlin ist geprägt von Gedenkstätten, Museen und Bildungsprojekten, die dazu beitragen, die Erinnerung an die Shoah wach zu halten und die jüdische Geschichte und Kultur in Deutschland zu fördern. Berlin ist ein Ort des Gedenkens, des Lehrens und des Dialogs, der die Verantwortung Deutschlands gegenüber seiner Geschichte reflektiert und lebendig hält.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus erachtet es daher als Berlins ureigene Aufgabe, die kulturellen und religiösen jüdischen Gedenkstätten und Wahrzeichen nicht nur zu erhalten, sondern ihre Bedeutung für die Stadt zu stärken.

### ***Politische Bildung als Grundlage für die Antisemitismusbekämpfung***

Die Landeszentrale für Politische Bildung (LPB) in Berlin hat die zentrale Aufgabe, Bürgerinnen und Bürger in Berlin in politischen Belangen zu informieren, zu sensibilisieren und zu unterstützen. Die LPB fördert demokratisches Verständnis und gesellschaftliche Verantwortung. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Vermittlung von historischem Wissen und dem Umgang mit aktuellen politischen Themen. Als Impulsgeber für politische Bildung leistet die LPB einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Grundwerte und zur Förderung einer informierten, engagierten Bürgerschaft.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wird sich aktiv mit ihren Kuratoriumsmitgliedern dafür einsetzen, die bestehenden Programme der Landeszentrale für Politische Bildung weiterzuentwickeln. Es muss in Zukunft unbedingt verhindert werden, dass Vereine und Initiativen Förderungen erhalten, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen.

Wir bekräftigen den von der Koalition initiierten einstimmigen Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 19. Oktober 2023: „Wir dulden keinen Antisemitismus in unserer Stadt und bekämpfen diesen konsequent. Dies gilt insbesondere für Personen sowie Organisationen und Vereine, die sich nicht im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Die finanzielle oder ideelle Unterstützung solcher Organisationen durch die öffentliche Hand ist ausgeschlossen.“

Darüber hinaus werden unsere Kuratoriumsmitglieder aktiv an der Festlegung von Schwerpunkten und Themen für die politische Bildung teilnehmen. Insbesondere das Schlüsselthema der Antisemitismusbekämpfung soll dabei ein zentrales Element werden.

### ***Förderung jüdischer Projekte und Initiativen***

Die Förderung jüdischer Projekte und Initiativen sowie Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinschaft in Berlin ist für die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus selbstverständlich.

Daher werden wir auch im kommenden Haushalt 2024/2025 beispielsweise die auslaufende Förderung des Bundes für den deutsch-jüdischen-israelischen Verein „ELNET“ und seiner Aufklärungskampagne gegen antisemitische Vorurteile und Stereotypen in Höhe von insgesamt 200.000 Euro übernehmen und die Sicherheit von jüdischen Einrichtungen und jüdischen Lebens in Berlin mit 5 Millionen Euro zusätzlich fördern.

Darüber hinaus werden wir die Zuwendungen für die Deutsch-Israelische Gesellschaft mit insgesamt 400.000 Euro für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 stärken.

### ***Gezielte Bekämpfung von Antisemitismus***

Antisemitismus gibt es von rechts und links. Auch in Teilen der muslimischen Welt gibt es antisemitische Vorurteile und Feindseligkeiten. Diese Vorurteile manifestieren sich oft in Form von Verschwörungstheorien, Diffamierung, Hassreden, Doppelstandarts und auch Gewalttaten gegenüber Jüdinnen und Juden. Besonders seit dem 7. Oktober bricht sich dieser Antisemitismus auch verstärkt auf den Straßen Berlins Bahn. Das ist unerträglich und durch nichts zu rechtfertigen, dieser Hass gehört weder auf unsere Straßen noch zu Berlin.

Aus diesem Grund werden wir, neben den bisherigen Maßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus, mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 600.000 Euro für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 gezielt Maßnahmen der Prävention sowie der Bekämpfung von islamistischem Antisemitismus bereitstellen.

### **Einsetzung einer Enquete-Kommission**

Die bestehenden Maßnahmen, die viele im Bereich der Antisemitismusprävention und der Antisemitismusbekämpfung für ausreichend hielten, sind zu überprüfen und kritisch zu hinterfragen. Auch wir als Abgeordnete und das Parlament als Verfassungsorgan stellen uns unserer Verantwortung.

Um diesem Problem nachhaltig zu begegnen, wird die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eine „Enquete-Kommission für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung“ initiieren. Eine Enquete-Kommission ist als parlamentarisches Instrument im Besonderen dafür geeignet, innovative Lösungen für komplexe gesellschaftliche Fragen zu finden. Wir möchten durch die Zusammenführung möglichst vieler externer Expertinnen und Experten auf der einen und unserer politischen Vertreterinnen und Vertreter auf der anderen Seite eine ergebnisoffene und zielorientierte Diskussion erreichen, die möglichst rasch nachhaltige Lösungen hervorbringt – das Thema duldet keinen Aufschub! Für die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ist dabei aber auch klar, dass zu guten Ideen auch eine entsprechende Finanzierung gehört. Daher beabsichtigen wir, bis zu 20 Millionen Euro für Projekte zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Haushalt für die Jahre 2024/2025 aufzunehmen.

### **Eine starke Partnerschaft: Deutsch-polnische Zusammenarbeit auf vielfältigen Ebenen**

Über die Jahrhunderte hinweg war die deutsch-polnische Geschichte von einer komplexen Dynamik geprägt, die sich durch eine Abfolge von Zusammenarbeit, Konflikten und bedeutenden historischen Ereignissen herausbildete. Aktuell erleben Deutschland und Polen eine lokale Partnerschaft, die auf einer starken wirtschaftlichen und kulturellen

Basis ruht. Beide Nationen sind eng miteinander verbunden und streben gemeinsam nach Lösungen für gegenwärtige Herausforderungen, während sie gleichzeitig die europäische Einheit fördern.

Die CDU-Fraktion Berlin gratuliert Donald Tusk zu seinem Wahlerfolg in Polen und verbindet mit dem politischen Wechsel die Hoffnung, die deutsch-polnischen Beziehungen sowie den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Austausch auszubauen:

### **Deutsch-polnisches Haus**

Das Konzept eines deutsch-polnischen Hauses in Berlin ist ein zukunftsorientierter Schritt in Richtung einer dauerhaften und nachhaltigen Gedenkkultur.

Das deutsch-polnische Haus könnte dabei als Zentrum für kulturellen, akademischen und zivilgesellschaftlichen Austausch dienen, welches Veranstaltungen, Seminare und Treffen rund um die deutsch-polnische Geschichte und Beziehungen anbietet. Darüber hinaus könnte es ein Ort für kulturelle Veranstaltungen, Kunstausstellungen und Darbietungen sein, die die vielfältige und reiche Kultur beider Länder präsentieren.

Ein integriertes Archiv und eine Bibliothek könnten Ressourcen für Forscher und Interessierte bereitstellen und die reiche Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen dokumentieren.

Die CDU Fraktion Berlin erkennt die Wichtigkeit der Gedenkkultur als Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft an. Wir sind überzeugt, dass durch verstärkte Bemühungen in diesem Bereich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen und insbesondere zwischen Berlin und Warschau weiter gestärkt und vertieft werden können. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, die Erinnerungen lebendig zu halten und zugleich eine gemeinsame Zukunft zu gestalten.

### **85. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen – Ein besonderer Gedenktag für Berlin**

Am 1. September 1939 begann eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte, als die deutsche Wehrmacht Polen überfiel und den Zweiten Weltkrieg auslöste. Dieses

Ereignis verursachte einen tiefen Schmerz und unermessliches Leid für Polen und weite Teile der Welt. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Verantwortung für diese schrecklichen Ereignisse nie zu vergessen und das Gedenken an die Opfer dieses Angriffs zu wahren.

Dafür streben wir zum 85. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen ein besonderes Gedenken an, das an die schrecklichen Folgen von Hass und Spaltung und Fremdenfeindlichkeit erinnert und die historische Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen hervorhebt.

### ***Kultureller Brückenschlag: Lehreraustausch zur Vertiefung des Verständnisses zwischen Berlin und Polen***

Eine Intensivierung des Lehreraustausch zwischen Berlin und Polen kann das interkulturelle Verständnis stärken und die Qualität der Bildung verbessern. Lehreraustauschprogramme fördern die internationale Zusammenarbeit und schaffen eine offene, vielfältige Lernumgebung, die Schüler auf die Herausforderungen der modernen Welt vorbereitet. Besonders bedeutend ist dieser Austausch aufgrund der gemeinsamen Geschichte sowie der besonderen Betroffenheit Polens durch die Verbrechen der Nationalsozialisten.

Die Zusammenarbeit zwischen Lehrerinnen und Lehrern in Berlin und Polen ist daher von immenser Bedeutung, um die historischen Hintergründe zu vermitteln und zu vermitteln sowie bewährte Praktiken im Umgang mit sensiblen Themen wie der Shoah zu teilen. Darüber hinaus haben sie die Möglichkeit, bewährte Praktiken und Ansätze zur Bekämpfung von Antisemitismus in Schulen zu teilen und sich gegenseitig zu unterstützen. Sie können Strategien entwickeln, um Schüler für die Geschichte der Shoah und deren Bedeutung zu sensibilisieren.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus setzt sich daher für institutionalisierte Kooperationen zwischen polnischen und Berliner Schulen sowie für die Stärkung der Rahmenbedingungen für Lehreraustausche ein.



## **Gemeinsame Erinnerungen schaffen: Schüleraustausch für eine lebendige deutsch-polnische Erinnerungskultur**

Schülerbegegnungsprogramme zwischen Berliner Schulklassen und polnischen Schülern spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der deutsch-polnischen Erinnerungskultur. Durch direkte Begegnungen und intensiven Austausch können Schüler gemeinsame Geschichte, kulturelle Traditionen und historische Ereignisse entdecken, die die deutsch-polnischen Beziehungen geprägt haben. Dieser Austausch dient als Plattform, um das Bewusstsein für die Vergangenheit zu schärfen, den Dialog über gemeinsame Erinnerungen zu fördern und interkulturelle Sensibilität zu entwickeln.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus setzt sich gezielt für die Förderung von Kooperationen und die finanzielle Unterstützung dieser Programme ein, um die Erinnerungskultur zu stärken und einen nachhaltigen kulturellen Austausch zwischen deutschen und polnischen Schülern zu fördern. Zusätzlich werden gezielt zusätzliche Mittel bereitgestellt, um den Besuch ehemaliger Konzentrations- und Vernichtungslager wie Auschwitz-Birkenau für deutsche Schüler zu unterstützen. Dies wird auch im Haushalt für die Jahre 2024/2025 entsprechend abgebildet.

## **Unser Auftrag**

Für die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus steht fest, dass die deutsch-jüdische Erinnerungskultur und das Gedenken an die schrecklichen Verbrechen der Shoah sowie der Besatzung Polens durch die Nationalsozialisten zum kollektiven Erbe Berlins gehören.





Die CDU -Fraktion Berlin wird Antisemitismus und Israelhass in Berlin entschlossen bekämpfen.

Darüber hinaus sind die Zusammenarbeit und die Bindung an unseren nächsten europäischen Nachbarn, der Republik Polen, von entscheidender Bedeutung. Diese wollen wir auf neue Füße stellen und unsere europäische Verantwortung gemeinsam wahrnehmen.

Die Verbrechen der Shoah dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Es ist unsere Aufgabe, die Erinnerung an das Unrecht, an das unsägliche Leid, wachzuhalten und Antisemitismus keinen Platz zu bieten. Das Vermächtnis der Opfer bleibt: nie wieder!

## **CDU-Fraktion Berlin**

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  [mail@cdu-fraktion.berlin.de](mailto:mail@cdu-fraktion.berlin.de)
-  [www.cdu-fraktion.berlin.de](http://www.cdu-fraktion.berlin.de)